Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 154 Dienstag, den 30. Dezember 1930. 43. Jahrgang

Zwischen den Festen.

Dem Reichsarbeitsminister rückte noch kurz vor dem Fest ein Wahnsinniger mit einer Scheintodpistole zu Leibe. Der Fall wurde nicht tragisch genommen. Selbst die Sensation „Attentatsversuch auf einen Minister" brachte keine Aufregung. Aber er rückt das Elend der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Sieben Jahre lang war der Mann, den schließlich die Verzweifelung packte, ohne Beschäftigung, sieben Jahre lang suchte er Arbeit, ohne sie zu finden. Und sein Fall liegt nicht vereinzelt. Viele Tausende möchten Lohn und Brot und das Ende des Müßigganges, das Ende der Sorgen. Viele Tausende schieben der Regierung die Schuld zu und haben Pläne wie der kühne Mann mit der Scheintodpistole in der Tasche, die ihrer Auffassung nach alles zum Besseren wenden könnten. Man sieht ja noch nicht in allen Kreisen die eigentliche Ursache der deutschen Not, weiß nicht, daß Weltwirtschaft und Tributlasten uns zum Abstieg gebracht haben. Freilich ist viel versäumt worden. Deutschland hätte schon früher Vorsorge treffen müssen, und heute fragt man sich auch, ob die Annahme des Youngplanes nicht zu früh erfolgte. Die Behauptung, die großen Wirtschaftsführer hätten die Weltwirtschaftskrise kommen sehen müssen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn sie aber ihr Wissen für sich behielten und es zuließen, daß das endgültige Reparationsabkommen geschlossen wurde, so haben sie mit voller Ueberlegung Deutschland Lasten auferlegt, die in der heutigen Zeit ungerechtfertigt sind. Wiederholt ist von allen Parteien die Meinung geäußert worden, die durch die Verbilligung der Ware gestiegene Goldwährung habe unsere Reparationslasten unberechtigt erhöht.

Zwei Fragen liegen so im Vordergrund: Die Arbeitslosigkeit und die Tributfrage. Daneben müssen selbstverständlich die wirtschaftlichen Zusammenhänge beachtet werden und muß die Hand gerührt werden, um im Wirtschaftsleben eine Besserung zu erreichen. Die Scheintodpistole wird den Herren in der Regierung nicht aus dem Gedächtnis fallen. Wenn sie nach Neujahr wieder ihre Aufbauarbeiten beginnen, werden sie sich des Mannes erinnern, der Arbeit und Aenderung auf einem unnatürlichen Wege suchte. Und sie werden sich sagen, es könnte sein, daß dieser Fall nicht vereinzelt bleibt, wenn nicht alle Kraft eingesetzt würde, um in der Frage der Arbeitsbeschaffung mehr zu erreichen, als es bisher der Fall war.

Die Minister sind zumeist fern von Berlin. Während der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wird es keine Amtshandlung geben, die eine besondere Bedeutung haben kann. In den ersten Januartagen führt der Kanzler seine Ostreise durch. Am 11. Januar wird er wieder in Berlin sein. Am 6. Januar kehrt Schiele von seinem Urlaub zurück, und Dr. Dietrich wird gleichfalls erst in diesen Tagen aus Baden zurückerwartet. Am 19. Januar beginnt die 62. Ratstagung in Genf, zu der Curtius am 18. Januar wahrscheinlich fahren dürfte. Folglich ist zu erwarten, daß die Regierung in den Tagen zwischen dem 11. und 19. Januar zusammensitzt und die Probleme anschneidet, die sie im neuen Jahre verfolgen muß. Man sagt, es handele sich um Fortsetzung der Sanierungsarbeiten. Die Sanierung als solche aber dürfte abgeschlossen sein. Der Mann mit der Scheintodpistole hat angedeutet, was saniert werden soll. Nach den Finanzen kommt die Frage der Arbeitsbeschaffung. Sie steht allen anderen Aufgaben voran. Und mit der Arbeitsbeschaffung hängt zusammen die Ankurbelung der Wirtschaft. Man glaubte, sie über eine Verbilligungsaktion in Gang zu bringen. Die Verbilligung ist fehlgeschlagen; denn der Umsatz kann durch die geringe Preissenkung nicht angeregt werden, wenn auf der anderen Seite der Lohn- und Gehaltsabbau steht. Die Wirtschaftsbelebung kann, das sieht man heute bereits ein, nur durch einen Abbau der Arbeitslosen und die Stärkung der Kaufkraft einer breiteren Masse erfolgen.

Das sind Aufgaben genug. Können sie gelöst werden, so hat die Regierung den Weg zur Besserung geöffnet. Und sie kann sich ihre Aufgabe erleichtern, wenn sie die Frage des Moratoriums und der Revision der Tributzahlungen entschieden verfolgt. Die frei werdenden Mittel, die im Etat nicht gebraucht werden, können entweder zur Lastensenkung oder zur Arbeitsbeschaffung verwandt werden.

Man setzt sich für jede Handlung eine Frist. Heute heißt die Frist, ganz unbestimmt, nach dem Fest! Es können aber Monate vergehen, bis die Arbeiten, die nach dem Fest aufs neue forciert werden, eine Wirkung für die Allgemeinheit erkennen lassen.

Reichsminister a. D. David †.

Berlin, 27. Dezember.

Im Alter von 67 Jahren starb in Berlin-Zehlendorf der sozialdemokratische Abgeordnete, Reichsminister a. D. Dr. Eduard David.

Dr. David war von 1891 bis 1894 in Gießen Gymnasiallehrer, von 1898 bis 1908 gehörte er der hessischen Kammer, von 1903 bis 1918 dem Reichstage an. Vom 3. Oktober bis 9. November 1918 war er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und vom 7. bis 14. Februar 1919 Präsident der Nationalversammlung. Seit 1920 war er wieder Reichstagsabgeordneter. Vom 22. Juni 1919 bis 27. März 1920 war er Reichsinnenminister. Er trat besonders als Schriftsteller des Sozialismus hervor.

Der Kampf um Preußen.

Ein Beschluß des Stahlhelm.

Berlin, 27. Dezember.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Trotz des nationalen Erfolges des 14. September hat sich erwiesen, daß in diesem zusammenbrechenden System von 1918 das deutsche Schicksal allein partei- und parlamentspolitisch nicht mehr zu meistern ist. In dieser Erkenntnis hat die Stahlhelmführung bereits in Koblenz zum Kampf um Preußen aufgerufen. Wer Preußen hat, hat das Reich! Im Kampf des Stahlhelm um die Freiheit des Reiches und zur Abwehr der drohenden bolschewistischen Revolution werden wir die Auflösung des überständig und dem Willen des Preußenvolkes nicht mehr entsprechenden Landtages durch ein Volksbegehren erzwingen. Die Verhandlungen mit den anderen nationalen Gruppen und den Parteien setzen wir fort. Inzwischen wird sich der Stahlhelm zur Durchführung seiner selbständigen Freiheitspolitik einen Kampffonds schaffen. Ohne Opfer kein Sieg!"

Keine gewerbsmäßige Stellenvermittlung!

Berlin, 27. Dezember.

Nachdem das Gesetz über eine vorübergehende Regelung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung nunmehr in Kraft getreten ist, gilt folgendes:

1. Alle gewerbsmäßigen Stellenvermittler (mit Ausnahme der Konzertagenten), die ihr Gewerbe nach dem 2. Juni 1910 begonnen haben, müssen ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 einstellen.

2. Gewerbsmäßige Stellenvermittler für Artisten, Bühnenangehörige, Chor-, Tanzpersonal und Musiker, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, müssen ihren Betrieb ebenfalls am 31. Dezember 1930 einstellen; sie werden nach näherer Vorschrift des Gesetzentwurfs entschädigt, der vom Reichsrat bereits verabschiedet ist und dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen wird.

3. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen.

4. Die übrigen gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, erhalten die Erlaubnis, ihren Betrieb zunächst bis zum 31. März 1931 fortzuführen; wann sie endgültig ihren Betrieb einstellen müssen, wird in dem vorerwähnten Gesetzentwurf geregelt werden.

Reichsdank an Oberschlesien

100 000-Mark-Spende

Gleiwitz, 27. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Oberschlesischen Kurier" drahtet seinem Blatt ein Interview mit Reichsminister Dr. Wirth, in dessen Verlauf Dr. Wirth mitteilt, daß die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung sich entschlossen haben, zur bevorstehenden Zehnjahresfeier der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März nächsten Jahres den Oberpräsidenten von Oberschlesien mit einer Spende von 100 000 RM auszustatten, um besondere Hilfsmaßnahmen kultureller oder sozialer Art als Reichsdank für die Treue der Oberschlesier durchzuführen.

Unter Bezugnahme auf seine kürzliche Oberschlesienreise bemerkte der Reichsinnenminister Dr. Wirth: Mit großer Freude habe ich in Oberschlesien erneut feststellen können, wie stark das Gefühl der Treue und Zusammengehörigkeit ist. Aus dieser Treue werden auch die besten Zukunftsmöglichkeiten für dieses hart geprüfte und gefährdete Grenzland ersprießen. Zuversichtlich glaube ich die Hoffnung aussprechen zu können, daß diese Treue zum Reich und unser aller Zusammengehörigkeitsgefühl, unterstützt durch die von der Reichsregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, in baldiger Zukunft ein friedliches Wiederaufblühen und Gedeihen Oberschlesiens im Gefolge haben werden.

Genfer Handelsabkommen und Reichstag

Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 28. Dezember.

Die Reichsregierung hat sich nunmehr entschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 zur Ratifikation vorzulegen.

In der Begründung der Reichsregierung zum Genfer Handelsabkommen heißt es u. a.: Die im Handelsabkommen vorgesehene Regelung beschränkt sich auf den Versuch einer gewissen Stabilisierung des bestehenden Zolltarifniveaus. Infolge der nur losen Gestaltung der Bindungen und in Anbetracht der vorgesehenen kurzen Kündigungsmöglichkeiten sind die praktische Bedeutung und der Bestand des Abkommens in hohem Maße von dem guten Willen der Beteiligten abhängig.

Als weiteres Merkmal des Handelsabkommens ist hervorzuheben, daß es sich zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich auf europäische Staaten beschränkt.

Die Tatsache, daß das Handelsabkommen unter den Auspizien des Völkerbundes entstanden ist und daß die Durchführung des von der Konferenz aufgestellten Programms für weitere Verhandlungen unter Führung des Völkerbundes stattfinden soll, kann für die Verwirklichung der Idee der europäischen Wirtschaftsverständigung von großer Bedeutung sein.

Was die besonderen Wirkungen des Handelsabkommens für Deutschland betrifft, so werden seine Vorzüge und Nachteile abzuwägen sein.

Von den durch Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen kommt die größte Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Aenderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung mit dem jeweiligen Vertragspartner, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechts betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Zollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzuzeigen und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann zu Unzuträglichkeiten kaum Anlaß geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, daß auch die Verhandlungspflicht entfällt. Das im Falle von Zollerhöhungen den betroffenen Staaten zustehende Kündigungsrecht ist daher die einzige unbedingt einschneidende Folge von Zollerhöhungen.

Die so getroffene Regelung ist als das Mindeste dessen anzusehen, was gefordert werden mußte, wenn das Abkommen der deutschen Ausfuhr einen gewissen Schutz gegenüber handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes geben soll.

Die Bedeutung des Abkommens für die deutsche Ausfuhr ist zwar gegenüber dem ursprünglichen Plan eines Zollfriedens dadurch herabgemindert, daß die zu übernehmenden Verpflichtungen erheblich erleichtert sind. Trotzdem darf von dem Abkommen eine nicht zu unterschätzende Entlastung der deutschen Ausfuhr erwartet werden. Was endlich die Beschränkung des Abkommens auf die europäischen Staaten betrifft, so hat Deutschland auch an einer nur die europäischen Staaten erfassenden Regelung das größte Interesse, da etwa ein Drittel der deutschen Ausfuhr, wie auch in der Vorkriegszeit, auf europäische Märkte entfällt.

Große Worte . . .

Lord Cecil über die Revisionsfrage.

Belgrad, 29. Dezember.

Die „Pravda" veröffentlicht ein Telegramm ihres Berichterstatters aus Genf, der dort eine Unterredung mit Lord Cecil hatte.

Cecil erklärte, daß man die Friedensverträge erst revidieren könne, wenn die Wunden, die der Krieg den europäischen Völkern geschlagen habe, geheilt seien. Deutschland und Oesterreich trügen geduldig ihr Los, nur die fanatischen Faschisten wollten nicht darauf verzichten, mit dem Schlagwort der Revision zu manövrieren.

Auch Ungarn dürfe nicht nervös sein und müsse sich gedulden. Der europäische Friede werde zurzeit am stärksten von Rußland bedroht, das ständig eine Million unter Waffen habe und jeden Augenblick in Aktion treten könne. Solange dieser Zustand anhalte, könne man von den Rand- und von den Balkanstaaten keine Abrüstung verlangen. Hinsichtlich Paneuropa erklärte Lord Cecil, daß man dieses Problem mit Vorsicht in Angriff nehmen müsse, weil jede Uebereilung Schaden bringen könne.

Marschall Joffre schwer erkrankt.

Amputation des rechten Fußes.

Paris, 29. Dezember.

Der Gesundheitszustand des Marschalls Joffre, über den bereits während der Krisentage Poincarés die beunruhigendsten Gerüchte verbreitet waren, die immer wieder auf das energischste dementiert wurden, hat sich in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß man von Stunde zu Stunde mit seinem Ableben rechnet.

Marschall Joffre leidet an einer Entzündung einer inneren Ader und mußte sich vor wenigen Tagen einer dringenden schweren Operation unterziehen. Es wurde ihm der rechte Fuß ampuiert. Nach einer vorübergehenden Besserung hat sich der Zustand jedoch in den letzten Tagen so verschlimmert, daß man nur noch wenig Hoffnung hat, den französischen Generalissimus am Leben zu erhalten. Bisher hatte man auf ausdrücklichen Wunsch Joffres strengstes Stillschweigen darüber bewahrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301230-10/fragment/page=0001

Die wirtschaftliche Depression.

Lohn- und Gehaltsabbau und drohende Stillegung in Oesterreich.

Wien, 29. Dezember.

Zu Beginn der Sitzung des österreichischen Nationalrates hatte der Abgeordnete des Heimatblockes, Lengauer, eine Dringlichkeitsanfrage an den Bundeskanzler wegen der Gefahr der Stillegung sämtlicher Werke der Oesterreichischen Alpinen Montangesellschaft und der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergwerksgesellschaft eingebracht.

Die Anfrage gründet sich auf ein Schreiben der Alpinen Montangesellschaft an die unabhängige Gewerkschaft, deren Obmann Lengauer ist. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß sich die Gesellschaft gezwungen sehe, den im Mai 1929 abgeschlossenen Lohn- und Arbeitsvertrag zu kündigen, um die darin festgesetzten Gehälter herabsetzen zu können. Der Anfrage, die von der Regierung eine Stellungnahme zu den Plänen der Gesellschaft verlangt, wurde von allen Parteien die Dringlichkeit zuerkannt.

In der Aussprache wurde vom sozialdemokratischen Abgeordneten Janecek der Antrag gestellt, die Stillegung von Großbetrieben von der Genehmigung der Regierung abhängig zu machen. Dieser Antrag wurde mit 77 von 142 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Vertreter des Heimatblocks sowie der Vorsitzende des D.H.B., der Abgeordnete des nationalen Wirtschaftsblocks Prodinger.

Hände weg!

Die polnischen Absichten auf Ostpreußen.

Warschau, 29. Dezember.

Der Krakauer „Illustrowany Kurjer Codzienny" veröffentlicht einen Artikel über Ostpreußen, der den Nachweis zu erbringen versucht, daß es bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge für Ostpreußen nur eine Möglichkeit gebe, nämlich die eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Polen.

Nachdem das Blatt länger bei der Betrachtung der schweren Wirtschaftslage Ostpreußens verweilt, erklärt es, daß die Kolonisation im deutschen Osten keine wirtschaftliche, sondern in höchstem Maße eine politische Erscheinung sei, sie diene nicht wirtschaftlichen, sondern antipolnischen Zielen. Die Osthilfe habe weder der Landwirtschaft noch der Industrie in Ostpreußen geholfen, im Gegenteil, sie habe weite Kreise der Landwirtschaft und der Industrie demoralisiert, indem sie diese verleitet habe, Hilfe von außen zu erwarten, statt an die wirtschaftliche Sanierung des eigenen Landes von innen heraus zu denken. Vor allen Dingen habe Ostpreußen der Zollkrieg mit Polen geschadet, infolgedessen kann Ostpreußen weder Fische, noch Vieh, Samen, landwirtschaftliche Maschinen und Zellulose nach Polen ausführen und von dem polnischen Transit von Danzig und Gdingen Nutzen ziehen.

Das reichste russische Land.

Der sowjetukrainische Industrieplan für 1931.

Moskau, 29. Dezember.

Auf der Haupttagung des gesamtukrainischen Vollzugsausschusses in Charkow gab der Vorsitzende des Rates der [illegible] Volkskommissare, Tschubar, den Wirtschaftsplan für 1931 bekannt.

Der Anteil der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetukraine an der Gesamtheit der Erzeugung Sowjetrußlands beträgt demnach augenblicklich 56 v. H.

Für die Erschließung der ukrainischen Bodenschätze sollen im ganzen 3,3 Milliarden Rubel als Jahresgrundstock gegenüber einem Betrage von 1,9 Milliarden für 1930 eingesetzt werden. Die Ausgaben für den sozialen Haushalt werden gegenüber den Ausgaben von 1930 um 113 v. H. vergrößert werden. Im Donezbecken sollen 14 Hütten und 57 neue Grubenanlagen erschlossen werden. Die Ueberlandzentrale „Dneprostroi" wird sechs Monate vor dem vorgesehenen Termin ausgebaut sein und ihre elektrische Energiesendung voraussichtlich am 1. Mai 1932 aufnehmen können. Bei der in der Sowjetukraine vorgenommenen Volkszählung wurden rund 30 Millionen Einwohner gezählt.

Stalin will weitere Aemter übernehmen.

Stalin hat nach seiner Ernennung zum Mitglied des Rates für Arbeit und Verteidigung erklärt, daß er sich im politischen Leben der Sowjetunion praktisch betätigen und weitere Aemter bekleiden wolle. Man will Stalin unbedingt in die Militärverwaltung der Roten Armee und Marine hineinziehen unter Belassung in seinem Amt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Stalin war früher außerordentlicher politischer Kommissar der Roten Armee in Don-Gebiet, wo er persönlich den Kampf gegen die Truppen des weißgardistischen Generals Wrangel leitete.

Aus dem In- und Auslande.

Die Trauerfeier für Reichsminister a. D. Dr. David.

In der Halle des Park-Friedhofs in Berlin-Lichterfelde fand am Sonntag die Trauerfeier für den verstorbenen Reichsminister a. D. Dr. David statt. Reichskanzler a. D. Müller zeichnete das Lebensbild des Verstorbenen. Reichswehrminister Dr. Groener widmete ihm namens der Reichsregierung einen letzten Gruß und legte einen Kranz am Sarge nieder. Reichstagspräsident Loebe sprach im Namen des Reichstags, der Interparlamentarischen Union und des Verbandes für Europäische Verständigung wie der hessische Reichsratsbevollmächtigte Nuß für den Freistaat Hessen und den Reichsrat und zum Schluß der preußische Innenminister Severing als Freund des Verstorbenen. Die Beisetzung findet am Dienstag in Mainz statt.

Erholungsaufenthalt des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Brüning trifft am Montag zu einem auf mehrere Tage berechneten Erholungsaufenthalt in Badenweiler ein.

Lord Melchett †

Der britische Wirtschaftsführer Lord Melchett, der frühere Sir Alfred Mond, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Lord Melchett, der deutscher Herkunft war, gehörte zu den bedeutendsten Industriellen Englands. Im Kabinett Lloyd George (1921—22) hatte er das Amt des Gesundheitsministers inne.

Der Flamenführer van Ooteghem verhaftet.

Nach einer Meldung der Belgischen Telegraphenagentur aus Gent wurde der flämische Führer van Ooteghem festgenommen. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit einem Angriff von Anhängern der flämischen Bewegung gegen Studenten, die der Katholischen und Liberalen Partei angehören und an einer Sympathiekundgebung für in Gent ein Gastspiel gebende französische Künstler teilgenommen hatten.

Der operative Eingriff bei Marschall Joffre

Bei dem gemeldeten operativen Eingriff, der bei Marschall Joffre notwendig wurde, handelt es sich um die Abnahme des rechten Fußes. Die Aerzte befürchten, daß eine zweite Operation notwendig wird.

Der deutsch-österreichische Handelsvertrag angenommen.

Wien, 29. Dezember. In der letzten Sitzung des Nationalrates wurden der Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich, das österreichisch-deutsche Abkommen über den kleinen Grenzverkehr, der Vertrag mit Deutschland über die Rechtshilfe in Zollsachen und der Vertrag mit dem Deutschen Reich über die Sozialversicherung ohne längere Aussprache angenommen. Der Sitzung wohnte auch der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld bei.

Wiederaufbau mit Hilfe der OGPU.

Moskau, 29. Dezember. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat auf Vorschlag Molotows beschlossen, einen besonderen Ausschuß bei dem Rat der Volkskommissare zu bilden, der den Wiederaufbau der Sowjetwirtschaft kontrollieren soll. Dieser Kontrollausschuß wird unter Molotows Leitung stehen und die Sabotageakte in der russischen Industrie mit Hilfe der OGPU. bekämpfen. Er hat seine Tätigkeit bereits begonnen.

Das französisch-belgische Bündnis.

Brüssel, 29. Dezember. Der Kampf um das französisch-belgische Militärbündnis wird in der belgischen Presse stark behandelt. Mehrere Blätter, darunter der „Soir", „Etoile Belge" und „Independance Belge" vertreten die Ansicht, daß die Kündigung des Vertrages nur der deutschen Politik zugute kommen würde. Die flämischen Blätter, wie „Liberal" und „Het Laatste Nieuws", sprechen sich für die Kündigung dieses Vertrages aus.

Nationalrat und Staatsrat in Monaco aufgelöst.

Paris, 29. Dezember. Wie aus Monte Carlo gemeldet wird, hat der kürzlich von seiner Reise nach Monaco zurückgekehrte Fürst Louis durch einen jetzt veröffentlichten Erlaß den Nationalrat und den Staatsrat aufgelöst und gewisse verfassungsmäßige Garantien aufgehoben. Der Fürst hat eine Sondervertretung bestimmt, die vorläufig die Arbeiten der beiden Räte übernehmen wird.

Große Verschwörung auf Kuba aufgedeckt.

Neuyork, 29. Dezember. Die kubanische Polizei deckte eine große Verschwörung auf, die den Sturz der jetzigen Regierung bezweckte und am Heiligen Abend mit der Verwirklichung ihres Planes beginnen wollte. Rädelsführer der Verschwörer sollen der frühere Präsident Menocal und andere führende Mitglieder der Nationalpartei sein. Es gelang der Polizei, den Obersten Hevia, der unter Menocal Innenminister gewesen war, sowie einige andere Führer zu verhaften. Es werden weitere aufsehenerregende Verhaftungen erwartet.

Kleine politische Meldungen.

Beileid des Reichskanzlers zum Tode Davids. Zum Ableben des Reichsministers a. D. Dr. David haben der Reichskanzler und die Reichsregierung den Angehörigen des Vorstorbenen ihr Beileid ausgesprochen.

Rücktransport der spanischen Truppen. Infolge der Wiederherstellung der Ruhe in Spanien ist die spanische Fremdenlegion nach Marokko zurücktransportiert worden.

Geheimnisvoller Tod eines früheren australischen Ministers. Der frühere Eisenbahnminister in dem australischen Staat Queensland, Caget, wurde unter geheimnisvollen Umständen mit einer klaffenden Wunde tot aufgefunden.

Aus der Umgegend

Nebra, 30 Dezember.

— **Weihnachten,** das Fest der Freude und des Lichterglanzes, ist nun auch vorüber. Wie hatten wir uns gefreut auf das Fest, auf Tage der Erholung, aber alles im Leben ist vergänglich. Der Kerzenschein ist erloschen, die Freude auf das Fest vorbei. — Unsere Kirche war am Heiligen Abend voll besetzt. Alt und jung lauschte den Worten des Pfarrers über die Weihnachtsgeschichte und brennende Kerzen erhöhten die Festesfreude. Aus frischen Kehlen erschollen unsere alten, schönen Weihnachtslieder und so, gestärkt durch Gottes Wort, ging es dann zur Bescherung. Welche Ueberraschungen traten da zu Tage, welche Freude und welcher Jubel herrschte unter dem glänzenden Weihnachtsbaume, Freude erlebte der Schenkende wie der Beschenkte. Nützliche Sachen für die Erwachsenen und Spielzeug für unsere Kleinen lagen da unter dem Christbaum, waren es manchmal auch nur Kleinigkeiten, soweit es die wirtschaftliche Notlage zuließ, trotzdem erweckten sie Dankbarkeit. Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag war die Kirche wieder gut besucht. Der Gemischte Chor unter Leitung des Herrn Kantors Scholkmann verschönte den Gottesdienst durch seine freundliche Mitwirkung. Die Worte des Pfarrers brachten uns innere Auffrischung und Freude. Möge jeder von dem Inhalt der Predigt etwas mit nach Hause genommen haben zum Nachdenken. — Das Wetter hatte sich zuletzt doch noch auf Weihnachten besonnen und uns Kälte beschert. Der erste Feiertag als sonniger Wintertag wies eine empfindliche Frische auf und Feld und Wald waren durch den Reif weiß bedeckt. Der zweite Feiertag war etwas milder und abends gab es sogar verspäteten Weihnachtsschnee. Da hinter dem dritten Festtag wieder ein Sonntag lag, ist wohl in den meisten Betrieben diesmal 4 Tage hintereinander gefeiert worden; erst gestern ging es wieder an die Arbeit, die allerdings schwer fallen mag, denn bekanntlich braucht man nach einer Reihe guter Tage erst recht der Erholung.

— **Weihnachtsfeiern in den Vereinen.** Die weihnachtlichen Vereinsfeiern begann der Kriegerverein. Ein zweiaktiges Lebensbild, betitelt: „Ein Hirtenspiel"" wurde von den seit jeher im Verein vertretenen guten Theaterkräften in ansprechender Art aufgeführt und fand herzlichen Beifall bei den zahlreichen Zuschauern. Die Stadtkapelle bot dazu eine anheimelnde Weihnachtsmusik, die so recht zu Gemüte ging und das Weihnachtsfest aufs neue im menschlichen Kämmerlein, dem Herzen, verankerte. Der gute Besuch des Abends wird auch eine Aufbesserung des Unterstützungsfonds ermöglichen und somit dem Kriegerverein die Möglichkeit geben, seine soziale Mission weiter zu pflegen. — Am zweiten Festtag hielt der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität" sein Weihnachtsvergnügen ab. Auch dieser Verein hatte seine Dilettantenkräfte mobil gemacht, um den zahlreichen Besuchern ein schönes Volksstück vorführen zu können. „Wenn's Mailüfterl weht" wurde gespielt. Die Darsteller gaben sich redlich Mühe, sie hatten auch gut gelernt, und so war der reiche Beifall, der nach jedem Aktschluß gespendet wurde, wohlverdient. Auch hier umrahmte die Stadtkapelle die einzelnen Szenen und spielte während der Pausen auf. An den unterhaltenden Teil schloß sich ein fröhlicher Ball an. — Der dritte Festtag war vom Turnverein (D.T.) in Anspruch genommen. Daß bei den Turnern das Haus ausverkauft wird, ist seit langen Jahren eine selbstverständliche Sache. Es war somit auch diesmal der Fall. Die Hauptnummer des Abends bildete der dreiaktige Schwank: „Der Badekavalier". Vor Beginn des Spiels begrüßte der stellvertretende Vereinsvorsitzende Herr K. Koch alle Erschienenen mit herzlichen Worten und dankte für den regen Besuch; dann deklamierte Frl. Pabst in formvollendeter Weise einen Weihnachtsvorspruch. Die Stadtkapelle gab sodann ihre Mitwirkung kund durch Aufspielen eines flotten Marsches, sie umrahmte sodann weiter das Theaterspiel und füllte die Zwischenpausen angenehm aus. Ihre klangvollen Gaben erhielten beste Anerkennung seitens des Publikums durch herzlich gespendeten Beifall. Die tadellose Aufführung des Theaterstückes selbst aber bewies aufs beste, daß die Göttin Thalia in der Nebraer Turnerschaft sehr talentvolle Jüngerinnen und Jünger besitzt. Die Rolleninhaber wurden in dem an Irrungen und Wirrungen reichen Stück in jeder Beziehung ihrer Aufgabe gerecht und viele Momente in dem durchweg schön und gut wiedergegebenen Schwank ließen die Lachmuskeln der Anwesenden nicht zur Ruhe kommen. Obwohl Herr Dampfmann in seinem Milieu viel geschwindelt hatte, der dumm-pfiffige Chauffeur Müller und selbst die „Provinzpresse" viele Mißgriffe getan hatten, löste sich letzten Endes durch das bezeichnende „Dös is a Irrtum" doch noch alles in Wohlgefallen auf. Nach dem Theater wurde der Abend mit einem fröhlichen Ball beendet. — Am Sonntagnachmittag versammelte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten die ihm zugehörenden Kinder zu einer Weihnachtsfeier mit Bescherung um sich. Noch einmal gab es ein „Tischlein deck dich" und die Kinder waren hochbeglückt über die reichen Gaben. Ja, wer zuletzt lacht, lacht am besten!

— **Unsere Schützengilde** hält am Silvester-Abend den üblichen Silvester-Ball ab. Freunde der Gilde finden im Kreise der Schützen die angenehmste Unterhaltung und einen fröhlichen Uebertritt aus dem alten ins neue Jahr.

— **Ball an Silvester** veranstaltet ebenfalls der Arbeiter-Turn- und Sport-Verein und schließlich wird auch im Schweizerhaus in Bitzenburg aus dem alten ins neue Jahr hinübergetanzt.

— **Operetten-Aufführung.** Die hiesige Ortsgruppe vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich an ein großes Unternehmen herangewagt: sie wird am Abend des Neujahrtages die beliebte Operette: „Frühling der Liebe" ihren Gästen vorspielen. Die bekannt erstklassigen Theaterkräfte in der Gruppe berechtigen zu der Annahme, daß der Abend einen Höhepunkt der theatralischen Darbietungen in unserem Städtchen darstellen wird. Die zur Durchführung benötigten Garderobestücke und Requisiten sind bereits zur Stelle. Jedermann halte sich den ersten Abend im neuen Jahr für diese Veranstaltung frei, damit das Haus auch voll wird.

— **Mütterberatungs- und Säuglingswiegestunden** im Monat Januar finden an folgenden Tagen und Orten statt:
Roßleben am Dienstag, 6. 1., 15 Uhr im Gasthof Gold. Hirsch,
Altenroda am Mittwoch, 7. 1., 14 Uhr im Gasthaus Röder,
Carsdorf am Donnerstag, 8. 1., 15 Uhr im Pfarrhaus
Nebra am Dienstag, 13. 1., 15 Uhr im Gemeindesaal,
Kirchscheidungen am Donnerstag, 15. 1., 15 Uhr im Pfarrhaus,
Schönewerda am Dienstag, 20. 1., 14 Uhr im Schulhaus,
Reinsdorf am Donnerstag, 22. 1., 15 Uhr im Pfarrhaus,
Bottendorf am Dienstag, 27. 1., 14 Uhr im Schwesternhaus.

— **Verkehrsnachricht.** Auf der Strecke Erfurt—Artern wird die Reichsbahndirektion den Wünschen des Publikums nachkommen und vom 3. Januar 1931 ab den Personenzug 627 Erfurt—Artern außer an den Sonn- und Feiertagen auch Sonnabends verkehren lassen. Der Zug fährt an diesen Abenden in Erfurt wie Sonntags um 23.55 ab und hält auf allen Stationen. Bretleben ab 1.00, Reinsdorf an 1.05, Artern an 1.11 Uhr.

— **Oeffentliche Bausparkasse der Mitteldeutschen Landesbank.** In Anwesenheit einer großen Anzahl Bausparer und Vertreter der öffentlichen Sparkassen fand in Magdeburg die dritte Baugeld-Zuteilung der Oeffentlichen Bausparkasse der Mitteldeutschen Landesbank — Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt — Magdeburg, statt. Unter Aufsicht eines Rechtsanwaltes als Treuhändler wurden insgesamt 129 000 RM. 4prozentige Baugelder zugeteilt. Zwanzig Bausparern, die erst wenige Monate sparen, wurde so eine besondere Weihnachtsfreude bereitet. Fast sämtliche öffentlichen Bausparkassen hatten ihre Zuteilungstermine noch vor das Weihnachtsfest gelegt, so daß sich die Gesamt-Zuteilungen aller öffentlichen Bausparkassen am Ende des Jahres 1930 auf über 10 000 000 RM. beliefen. Das Ergebnis ist umsomehr beachtenswert, als die öffentlichen Bausparkassen erst seit ungefähr einem Jahr arbeiten und dieses erste Geschäftsjahr gerade in die ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnisse fiel.

Mücheln. Daß der Bürgermeister unserer Stadt ein gutes Herz hat, mag daraus hervorgehen, daß er jedem Stadtverordneten am Weihnachtsheiligabend durch die Stadtkasse 50 RM. auszahlen ließ. Die Tatsache verbreitete sich in der Kleinstadt wie ein Lauffeuer. In allen Kreisen der Bürgerschaft hält man diesen Betrag für ein Weihnachtsgeschenk der Stadt an die Stadtvertreter. — Zur Richtigstellung ist hierzu folgendes zu sagen: Nachdem in der letzten Sitzung durch Bekanntgabe der Erhöhung sämtlicher Steuerzuschläge und zwangsweisen Einführung der Bürgersteuer der Fehlbetrag von 80 000 RM. als gedeckt anzusehen war, und nachdem die Stadtverordnetenversammlung dem Magistratsbeschluß auf Gewährung einer Winterbeihilfe an die Wohlfahrtserwerbslosen beigetreten war, brachte die kommunistische Fraktion den Dringlichkeitsantrag auf Gewährung von Sitzungsgeldern an die Stadtverordneten ein. Gefordert werden für jede Stadtverordnetensitzung 5 RM. Entschädigung. Dieser Antrag fand die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion. Während die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft sich gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301230-10/fragment/page=0002

den Antrag aussprach, befürwortete ihn der Bürgermeister, indem er die Berechtigung der Forderung begründete. — Von Seiten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wird die Rechtmäßigkeit der Auszahlung bestritten, da der Magistrat zu dem Beschluß der Stadtverordneten noch nicht Stellung genommen hat. Ein Gemeindebeschluß liegt erst vor, wenn beide Körperschaften den gleichen Beschluß gefaßt haben. — Die Mitglieder der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft haben den Betrag auf ein Konto der Stadtsparkasse überwiesen. Hier soll er zu gegebener Zeit gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung stehen. — Die Deckung des Betrages von 900 RM., bezw. des Gesamtbetrages für etwa 25 Sitzungen im laufenden Rechnungsjahr 2200 RM., ist weder von der Stadtverordnetenversammlung noch vom Bürgermeister angegeben worden.

Halle. Das hiesige Schöffengericht fällte nach viertägiger Verhandlung gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Lademann und den Klassenkampf-Redakteur Beyling das Urteil. Beide wurden zu je 250 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten hatten im Zusammenhang mit den Zusammenstößen, zu denen es am 6. März in Ammendorf kam und bei denen zwei Arbeiter getötet wurden, Artikel im „Klassenkampf" veröffentlicht, die beleidigende Aeußerungen gegen die hallesche Polizei enthielten, so daß der Polizeipräsident Strafantrag stellte. Der Staatsanwalt hatte für jeden der Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten beantragt. — Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat durch Erlaß vom 20. Dezember das Erscheinen des „Klassenkampfes", des kommunistischen Organs für den Bezirk Halle-Merseburg, einschließlich der illustrierten Arbeiterzeitung „Der rote Stern" und sämtlicher Kopfblätter für die Zeit bis 4. Januar 1931 einschließlich verboten. Dieses Verbot umfaßt ferner auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. — Der auf der Durchreise befindliche Arbeiter Wojciek Stefaniak warf sich auf Bahnsteig 2 des hallschen Hauptbahnhofes vor einen Personenzug. Er wurde sofort getötet.

Halle. Die Verhandlungen zwischen den Reichs- und Staatsbehörden und der Mansfeld A.-G. über weitere Subventionen zur Fortführung der Mansfeldschen Kupferbetriebe haben, wie bereits gemeldet, zu einem vorläufigen Abschluß geführt. Ueber den Inhalt des von der Sachverständigenkommission erstatteten Gutachtens wird aus Berlin berichtet, daß dem Vorkommen trotz der durch die gegenwärtigen Kupferpreise gegebenen Defizitwirtschaft doch Zukunftschancen gegeben werden. Es seien mit der Subventionierung sogar die Forderungen neuer Investierungen im Kupferschieferbergbau verknüpft. Jedenfalls halte man die Zuschußbedürftigkeit nach wie vor für eine vorübergehende Erscheinung. Immerhin scheine man sich mit einem ziemlich langfristigen Provisorium von einigen Jahren vertraut zu machen, während deren ein Zuschuß in der ungefähren Höhe der bisherigen Zuschüsse weiter geleistet werden soll. Der Zuschuß solle auch weiter die Form des Kredits erhalten, doch scheine die Rückzahlungspflicht für diesen Kredit jetzt nicht mehr durch die für das erste Subventionssemester vorgesehene Klausel beschränkt zu sein. Inzwischen werde die Mansfeldverwaltung, obwohl die Zusage des Reiches und des preußischen Staates erst nach der parlamentarischen Entscheidung rechtsverbindlich wird, den Betrieb aufrechterhalten.

Weimar. Am Volkshaus kam es zu schweren Ausschreitungen von KPD-Anhängern, die sich zu einer „Hunger"-Demonstration formieren wollten. Etwa 60 Leute stürzten sich auf ein herankommendes Polizeiauto. In dem Handgemenge zwischen den Demonstranten und den Polizeibeamten erlitten vier Beamte durch Messerstiche und Fußtritte erhebliche Verletzungen, zwei von ihnen mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Eine Reihe von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Falkenberg (Bez. Halle). Der mit kalten Lokomotiven gefüllte Lokoloschuppen 3 auf dem Güterbahnhof Falkenberg bei Torgau wurde durch ein Großfeuer zerstört. Personen sind nicht verletzt worden. Beschädigt wurden 13 Lokomotiven. Der Eisenbahnverkehr war nicht gestört. Der Schaden an Gebäuden und Lokomotiven beträgt etwa 200 000 RM. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt; vermutlich liegt Brandstiftung vor. Für die Ermittlung des Täters hat die Reichsbahndirektion Halle eine Belohnung von 500 Reichsmark ausgesetzt.

Döllnitz (Saalkreis). Eine heitere Spitzbubengeschichte, in deren Mittelpunkt die als Wilderer bekannten Gebr. P. stehen, erzählt man sich hier. Auf dem Rückweg von einem Jagdzug, der am Bahndamm entlangführte, fanden die Burschen mehrere Schienenfahrräder. Sie schwangen sich darauf und rollten lustig den heimischen Penaten zu. Bis zur Elsterbrücke ging alles gut. Dann kam das Verhängnis. Die eine Dräsine entgleiste und der darauffitzende Mann landete in elegantem Bogen in der Elster. Bei der Kälte des Wassers und der Plötzlichkeit des Bades war das ganz bestimmt alles andere als ein Vergnügen. Die Kumpane des Pechvogels konnten ihre Maschinen noch rechtzeitig zum Halten bringen und trocken nach Hause kommen.

Golpa. Die große Förderbrücke, die jetzt nach langer Bauzeit vollendet wurde, ist ihrer Bestimmung übergeben worden. Mit Tannengrün und Fahnen geschmückt, wurde die Brücke vom Montageplatz in die Grube gefahren, was ohne Schwierigkeiten glatt vonstatten ging. Die Konstruktion der Brücke wurde dabei immer wieder einer genauen Kontrolle auf etwaige Veränderungen unterzogen.

Löbejün. Auf dem Weg nach Cattau wurde der ausgesteuerte Erwerbslose Scholz mit einem schweren Schrotschuß im Nacken und Schulterblatt aufgefunden und nach Halle ins Krankenhaus gebracht. Man nimmt an, daß Scholz von einem Feldhüter bei einer strafbaren Handlung getroffen und angeschossen worden ist. Unverständlich ist es, daß der Verletzte hilflos liegen blieb.

Nah und Fern.

Prettin a. E. Ein Strafanstalts-Wachtmeister i. R. beging einen grauenhaften Selbstmordversuch. In seiner Wohnung schichtete er Holz und Kleider auf und begoß sie sich selbst mit Petroleum. Darauf zündete er den Scheiterhaufen an. Der Mann erlitt dabei so schmerzhafte Brandwunden, daß er von seinem Vorhaben abließ und laut um Hilfe rufend auf die Straße lief. Er wurde dem Krankenhause zugeführt. Der Brand in der Wohnung konnte bald gelöscht werden.

Magdeburg. In die Elbe gestürzt. Am alter Handelshafen stürzten in der Dunkelheit der Heizer eines Schleppdampfers und ein junges Mädchen in die Elbe. Sie wurden vom Personal des Dampfers sofort aus dem Wasser gezogen, konnten aber nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Halberstadt. Schrecklicher Kindesmord. Eine Kindesmutter, die bisher nicht ermittelt werden konnte, warf in einem anderen Stadtviertel ihr neugeborenes Kind vom Dach eines Grundstücks in den Hof; das Kindchen blieb mit zerschmetterten Gliedern tot liegen. Die Leiche wurde morgens von Bewohnern eines Grundstücks in der Bismarckstraße in Klosetpapier eingewickelt gefunden.

Berlin. Ruhiger Verlauf der Weihnachtsfeiertage in Berlin. Der Verlauf der beiden Weihnachtsfeiertage in der Reichshauptstadt wurde durch keinerlei größere Zwischenfälle getrübt. Neben kleineren Verkehrsunfällen waren eine Reihe von Wohnungsbränden, zum Teil durch umstürzende Weihnachtsbäume verursacht, zu verzeichnen, die von der Feuerwehr aber schnell gelöscht werden konnten. Sieben Personen nahmen sich während der Feiertage das Leben.

Hirschberg. Riesenweihnachtsverkehr im Riesengebirge. Das Weihnachtsfest brachte dem Riesengebirge bei gutem Winterwetter und ausgezeichneten Sportverhältnissen einen außerordentlich starken Verkehr. Zahlreiche Vor- und Nachzüge wie Sonderzüge brachten viele Tausende von Besuchern nach dem Riesengebirge. Den stärksten Anteil an dem Verkehr hatte Berlin, außerdem waren noch Breslau und Sachsen gut vertreten. Die Hochgebirgsbauden waren vollständig besetzt, und auch in den Gebirgsdörfern waren nur noch wenige Quartiere an den Feiertagen zu erhalten. In den meisten Gebirgsorten fanden zu den Feiertagen die ersten wintersportlichen Veranstaltungen statt.

Krummhübel. Schweres Bobunglück. Bei dem Eröffnungsbobrennen ereignete sich ein schweres Unglück. Der mit Schülern der Hirschberger Oberrealschule besetzte Bob „Schneekoppe" wurde in einer Kurve infolge Versagens der Steuerung aus der Bahn geschleudert und zerschellte an einem Baum. Ein 15jähriger Schüler wurde sofort getötet, ein anderer erlitt einen komplizierten Beinbruch, ein dritter Schüler kam mit leichteren Quetschungen davon.

Köln. Blutige Ehetragödie. Eine furchtbare Ehetragödie spielte sich in der Karlstraße in Köln-Deutz ab. Ein Kaufmann drang in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau ein und gab nach einer Auseinandersetzung auf sie und ihren anwesenden Liebhaber drei Schüsse ab, wobei die Frau durch einen Herzstreifschuß und der Liebhaber durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt wurden. In bedenklichem Zustande wurden die Schwerverletzten ins Krankenhaus gebracht. Der Ehemann gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Er wurde verhaftet und dem Gefängnis zugeführt.

Düsseldorf. Von der Weihnachtsfreude in den Tod. Am ersten Weihnachtsfeiertag ereignete sich in Düsseldorf-Hamm ein tragischer Unglücksfall. Die beiden Kinder der Familie Windhövel gingen morgens gegen 6 Uhr ohne Wissen der Eltern vom Schlafzimmer im Nachthemd in das eine Treppe tiefer liegende Wohnzimmer, um die Geschenke zu bewundern. Nachdem sie einige Kerzen des Weihnachtsbaumes angezündet hatten und sich über ihre Spielsachen freuten, kam das vierjährige Töchterchen einer Kerze zu nahe, so daß die Haare und das Nachthemd Feuer fingen. Auf das Schreien der Kinder eilten die Eltern herbei, hüllten das Mädchen in eine Decke und erstickten so den Brand. Das Kind hatte sich aber bereits so schwere Brandverletzungen zugezogen, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Trotzdem die sofortige Ueberführung ins Krankenhaus angeordnet wurde, erlag das bedauernswerte Kind noch am Nachmittag seinen schweren Verletzungen.

Die nächste Nummer des „Nebauer Anzeiger" ist die letzte in diesem Jahre und wird am Mittwochnachmittag ausgegeben. Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß diese Nummer die geeignetste zur Bekanntgabe der üblichen

Neujahrsgratulationen

ist. Wir bitten, diese Anzeigen schon am Dienstag aufzugeben.

Schwerer Autoabsturz

Kassel, 27. Dezember.

Am Heiligen Abend stürzte der Kasseler Rechtsanwalt Dr. Freisler bei der Abfahrt auf der nach der Wilhelmshöher Allee führenden steilen Serpentinstraße in der scharfen Kurve infolge Vereisung der Straße mit seinem Auto den steilen Abhang hinab. Das Auto wurde nach etwa 30 Meter von den Bäumen aufgehalten. Freisler rollte noch etwa 20 Meter weiter bis zur nächsten Serpentine, wo er mit schweren Verletzungen blutüberströmt liegen blieb.

Schwere Bluttat eines Lehrers.

Prag, 29. Dezember. In der Nähe von Lana bei Prag erschoß der 42jährige geschiedene Lehrer Bedra, Vater eines Kindes, seine ehemalige Schülerin, die 17jährige Tochter des Totengräbers und richtete dann die Waffe gegen sich. Die Tat ist auf verschmähte Liebe zurückzuführen.

Neuer Bankkrach in Frankreich.

Paris, 29. Dezember. In Bordeaux hat eine seit 50 Jahren bestehende Bank, die Banque d'Orient & Co., ihre Schalter geschlossen. Der Fehlbetrag beträgt fast drei Millionen Franken. Von dem neuen Bankkrach werden insbesondere kleine Kaufleute und Industrielle sowie kleinere Sparer betroffen.

Selbstmord einer jungen Deutschen in England.

London, 29. Dezember. Ein 21jähriges deutsches Mädchen, Angelika Riegel, aus Bremen hat sich in einem Garten in Ombersley in der Nähe von Worcester erhängt. Sie hielt sich seit einiger Zeit dort auf, um die englische Sprache zu erlernen.

Benzinexplosion beim Kleiderreinigen.

Berlin, 29. Dezember. Im Gutshause der Domäne Dahlem reinigte die Haustochter mit Benzin ihre Kleider, und zwar im Badezimmer, in der Nähe des brennenden Badeofens. Plötzlich erfolgte eine Explosion. Die entflandenen Benzindämpfe hatten sich an der offenen Feuerung des Badeofens entzündet. Die Wand des Badezimmers wurde durch die Explosion eingerissen. Das Mädchen wurde zu Boden geschleudert und erlitt im Gesicht und an den Armen durch eine Stichflamme erhebliche Verletzungen.

Vom Auto überfahren und getötet.

Berlin, 29. Dezember. In der Thaerstraße am Baltenplatz wurde eine unbekannte Frau von einem Personenkraftwagen angefahren und schwer verletzt. Die bedauernswerte wurde mit einem Oberarmbruch und inneren Verletzungen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie alsbald nach ihrer Einlieferung ihren Verletzungen erlag.

Auch in Breslau . . .

Zwei Staatskommissare bestellt.

Breslau, 29. Dezember.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Regierungspräsident zwei Staatskommissare für die Stadt Breslau bestellt. Eine eingehende Prüfung der finanziellen Verhältnisse der Stadt Breslau durch Kommissare des Innen- und Finanzministers hatte ergeben, daß die augenblickliche Kassen- und Finanzlage der Stadt Breslau zwar nicht zu Besorgnissen Anlaß gibt und auch nicht so ungünstig ist wie diejenige zahlreicher anderer Großstädte.

Da aber nicht zu erwarten ist, daß der Magistrat die Steuererhöhungen, die im Rahmen des großzügigen Sanierungsprogramms für die Sicherstellung der Finanzen der Stadt Breslau für die nächsten Jahre vorgesehen sind, beschließen wird, sind die beiden Staatskommissare zunächst zur Durchführung der neuen Steuern bestellt worden.

Es handelt sich um die Erhöhung der Grundvermögensteuer mit Wirkung für das ganze Rechnungsjahr 1930 um 50 Prozent auf 100 Prozent und um die Verdoppelung der Gemeindebiersteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1931 gemäß der Notverordnung.

Im Zeichen des Preisabbaus.

Hapag ermäßigt Fahrpreise nach Amerika.

Hamburg, 29. Dezember.

Die Hapag hat die Fahrpreise 1. Kajüte ihrer im Mittelamerikadienst beschäftigten Dampfer für alle Ueberfahrten nach dem 1. Januar 1931 von Hamburg über Antwerpen nach Barbados, Trinidad, Venezuela, Curacao, Kolumbien, Costarica und Guatemala herabgesetzt. Im Westküstendienst nach Südamerika (Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile) hat die Hapag ihre Fahrpreise der 1. Kajüte und Kajüte von Hamburg über Rotterdam- Antwerpen mit Wirkung vom 1. Januar 1931 ebenfalls ermäßigt.

Des weiteren ist, um den vielfach geäußerten Wünschen nach einer etwas höheren Ansprüchen angepaßten aber doch billigen Beförderungsklasse zu entsprechen, eine Mittelklasse auf den Schiffen der Waldklasse geschaffen worden.

Neue Terrorakte.

Gegen Amtspersonen in Hamburg und Wesselburen.

Hamburg, 29. Dezember.

Im Hause des Hamburger Polizeisenators Schönfelder wurden nachts Fensterscheiben zertrümmert und Drohbriefe in Selterflaschen ins Zimmer geworfen, in Wesselburen sind zwei Handgranaten ohne Sprengkapseln geworfen worden, die an den Fenstern abprallten und auf die Straße fielen. Die Handgranaten waren nicht abgezogen. Beim Oeffnen der beiden Granaten fanden sich zwei Zettel mit Aufschriften, die die Unzufriedenheit mit behördlichen Maßnahmen zum Ausdruck bringen.

Zu dem Hamburger Anschlag teilt die Polizeibehörde mit, daß die Täter Mauersteine und eine Selterflasche benutzten, in der sich ein handschriftlich beschriebener Zettel mit folgendem Inhalt befand: „Mörder Schönfelder, merk es Dir, das Hamburger Jungproletariat vergißt Deine Schandtaten nicht. Das Blut der auf Deinen Befehl erschossenen Arbeiter schreit nach Rache, der Freiheitskampf des deutschen Proletariats gegen die Ausbeuterklasse, deren Lakai Du bist, geht unaufhaltsam weiter. Es kommt der Tag, wo das Hamburger Proletariat über Deine Schandtaten richten wird. Dann wird das Proletariat beweisen, daß es unbarmherzig gegen seine Feinde sein wird!"

Bezeichnend ist, daß bereits am 24. Dezember um 22½ Uhr (der Anschlag fand um 21 Uhr statt) auf der bei Sagebiel abgehaltenen proletarischen Sonnenwendfeier des Verbandes proletarischer Freidenker offiziell Mitteilung von dem Streich der Kommunisten gemacht wurde.

*

Nicht ohne Schrecken vernimmt man wieder die Kunde von einem neuen Gewaltakt in Wesselburen, mit dem die große Reihe der Bombenanschläge aus den Jahren 1928, 1929 und 1930 trotz der inzwischen durchgeführten und mit Verurteilungen zu schweren Strafen ausgegangenen beiden Bombenleger-Prozessen eine Fortsetzung findet. Nicht die hinterhältige Büberei, in der man in Wesselburen und in Hamburg Amtspersonen aus irgendwelchen Gründen die Fenster einwarf, ist das Bedenkliche, sondern, daß hier Handgranaten verwendet wurden, wenn auch ungeschärft. Daraus geht hervor, daß immer noch derartig gefährliche Waffen sich in der Bevölkerung befinden und nur darauf warten, bei irgendeiner Gelegenheit zu irgendwelchen Zwecken benutzt zu werden. Wenn in Hamburg zweifelsfrei Kommunisten hinter dem Angriff auf den Polizeisenator stehen, so ist in Wesselburen die Urheberschaft noch ungeklärt, wenn auch die Möglichkeit besteht, daß hier ebenfalls die Kommunisten die Urheber des doppelten Angriffs sind. Ein bestimmter Anhalt ergibt sich aber dafür nicht, ebensowenig dafür, daß etwa rechtsradikale Kreise wie bei den Bombenanschlägen in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover dahinter zu suchen sind.

Lord Melchett †.

London, 29. Dezember.

Der englische Wirtschaftsführer und Politiker Lord Melchett of Langford, früher Sir Alfred Mond, starb im Alter von 62 Jahren.

*

Der Vater Lord Melchetts, der Chemiker Dr. Ludwig Mond, wanderte aus Darmstadt nach England aus, gründete dort mit dem Deutschen Brunner die Firma Brunner, Mond & Co., die aus kleinsten Anfängen zu dem größten englischen Chemiewerk und schließlich zum Mittelpunkt der 1927 erfolgten Fusion aller bedeutenden chemischen Fabriken Englands in der Imperial Chemical Industries Ltd. geworden ist. Die Errichtung dieses englischen Chemietrusts ist das Werk Lord Melchetts, dem zweifelsohne das Vorbild der deutschen J. G.-Farben-Industrie vorgeschwebt hat. Er hat damit auch die schärfste Konkurrenz zur Deutschen Farbenindustrie geschaffen. Politisch hielt Lord Melchett ursprünglich zu den Liberalen und saß seit 1906 im Unterhaus. Im Jahre 1910 wurde ihm der Sir-Titel verliehen. Im Juni 1928 erhielt er den Lord-Titel und trat in das Oberhaus ein. Im Jahre 1926 trat er, bisher Führer der Liberalen, zu den Konservativen über, weil er Lloyd Georges Landpolitik mißbilligte und auch dessen Rußlandpolitik nicht mehr folgen zu können glaubte. Lord Melchett setzte sich dann zunächst für einen Zollzusammenschluß des englischen Weltreichs als Gegenwert gegen die wirtschaftliche Unabhängigkeit der U.S.A. ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301230-10/fragment/page=0003

Oberschlesiens Presse protestiert

Beuthen (Oberschlesien), 29. Dezember.

Die oberschlesischen Zeitungen befassen sich ausführlich mit dem Interview, das der polnische Außenminister Zaleski einem Mitarbeiter des Pariser „Matin" gewährt hat und in dem er sich in einer gegen Deutschland gerichteten aggressiven Form über die Zwischenfälle bei den ostoberschlesischen Wahlen äußerte.

Die „Ostdeutsche Morgenpost" bemerkt zu der von polnischer Seite in Szene gesetzten Pressepropaganda in Paris, es wäre ein aussichtsloses Beginnen, der Wahrheit in Paris zum Siege zu verhelfen. Von deutscher Seite müßte aber trotzdem den Lügen energisch entgegengetreten werden. Die deutsche Regierung sollte kein Minister-Interview der Gegenseite ohne Antwort lassen und sollte jeder Lüge die Wahrheit mit Entschiedenheit entgegensetzen. **Ehrenpflicht der deutschen Presse müsse es sein, das eigene Volk und das Ausland bestimmend über die bevorstehende Tagung in Genf aufzuklären. Das alles sei notwendig, damit der deutschen Delegation in Genf der Boden nicht unter den Füßen fortgezogen und der deutschen Minderheit und dem ganzen Minderheitenschutz nicht neuer Schaden zugefügt werde.**

Die Blätter des Konzerns der oberschlesischen Zentrumspresse erklären u. a., es sei eine Herausforderung, wenn der polnische Außenminister sage, Deutschland rolle die Minderheitenfrage auf. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Die brutale Knechtung der deutschen Minderheit, die systematische Verletzung eingegangener Verträge durch Polen sei die Ursache dafür, daß die Völkerbundsratssitzung im Januar sich mit der Frage des Minderheitenschutzes für die Deutschen im abgetrennten Gebiet befassen müsse. Wenn jetzt gesagt werde, Deutschland betreibe den Minderheitenschutz nur als Mittel zum Zweck der Grenzrevision, so wisse jeder, daß hier nur die polnische Propaganda dahinter stecke. Sie wolle damit die öffentliche Meinung beunruhigen, als ob eine Behandlung des versagten Minderheitenschutzes die allergrößten Konsequenzen für den Frieden haben müßte. Demgegenüber müsse man klipp und klar erklären, daß es sich hier nur um die Frage handele, wie Polen das Recht verletzt habe und wie diesen Rechtsbrüchen gegen die deutsche Minderheit wirksam ein Ende bereitet werden könne.

Der „Allgemeine Lokalanzeiger" wirft zu der polnischen Propaganda nur die Frage auf, ob Frankreich denn nicht fühle, daß eine solche Stimmungsmache und Verdrehung der Tatsachen die Grenzlandbevölkerung zur Verzweiflung treibe.

Warenhäuser gegen Sonderbesteuerung

Berlin, 29. Dezember.

Wie eine hiesige Korrespondenz vom Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser erfährt, hat diese Organisation wegen der in Thüringen eingeführten Sonderbesteuerung der Warenhäuser gegen den Thüringischen Staat ein Verwaltungsstreitverfahren anhängig gemacht, in dem die Rechtmäßigkeit und Zulässigkeit einer derartigen Steuererhebung angefochten wird. Diese Verwaltungsklage wird u. a. damit begründet, daß die Großbetriebe sowieso schon steuerlich vorbelastet seien und eine besondere Warenhaussteuer eine Doppelbesteuerung bedeute, die mit den Reichsgesetzen nicht vereinbar sei. Auch gegen die Bayrische Staatsregierung hat der Verband ein ähnliches Verfahren anhängig gemacht. Falls die vom Haushaltsausschuß des Braunschweigischen Landtags beschlossene Sonderbesteuerung der Warenhäuser in Höhe von 300 Prozent der Gewerbesteuer zur Annahme gelangen sollte, will der Verband auch gegen Braunschweig ein Verwaltungsstreitverfahren in die Wege leiten.

Neue Erdstöße in Argentinien

Salta, 29. Dezember.

Vier weitere Todesopfer des Erdbebens wurden gestern in der Stadt Lapona geborgen, so daß die Gesamtzahl der Toten sich nunmehr auf 39 stellt. Schwerverletzt sind 35, vermißt mehrere Personen. Seit gestern mittag wurden zehn weitere Erdstöße verspürt. Die Einwohner der durch das Erdbeben zerstörten Stadt sind auf einem freien Platz in Zelten untergebracht.

Neujahrskarten

mit und ohne Namenaufdruck
in geschmackvollen Mustern

Buchdruckerei Wilh. Sauer / Rossleben

Schützengilde Nebra

Zu unserem

Silvester-Ball

laden wir Freunde und Gönner herzlichst ein.

Anfang 7½ Uhr. **Das Direktorium.**

Arbeiter-Turn- u. Sport-Verein Nebra

Zu unserm im „Preußischen Hof" von abends 8 Uhr an stattfindenden

Silvester-Ball

ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Eintritt 30 Pfg.

Vitzenburg

Zum Silvestervergnügen

laden freundlichst ein

Wirthmann, Gastwirt. **Der Kriegerverein.**

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen + Ortsgr. Nebra u. Umg.

Zu unserem am **1. Januar** (Neujahr) im „Preußischen Hof", abends 8 Uhr stattfindenden **13. Stiftungs-Fest**, bestehend aus

Theater und Ball

laden wir alle Freunde und Gönner der Kriegsopfer von Nebra und Umgegend herzlichst ein. **Der Vorstand.**

Zur Aufführung gelangt:

„Frühling der Liebe"

Operette in 4 Akten von G. Mielke.

Unter Mitwirkung der Nebraer Stadtkapelle, unter persönlicher Leitung des Herrn Musikdirektor Stein.

Hierauf: **BALL**

Kassenöffnung: 7 Uhr. Anfang: 8 Uhr.

Bahnhofswirtschaft Nebra

Sonntag, 11. Januar **Großer Preis-Skat**

Sämtliche Spirituosen

wie: **Rum, Arak, Weinbrand Alten Korn, div. Liköre**

in Flaschen und vom Faß empfiehlt

Nebra. **Wwe. Meitz.**

Lieber keine Absätze an den Schuhen als den „Großen Brockhaus" entbehren!

schreibt voller Begeisterung Herr A. S. aus Dearborn (USA.). Damit übertreibt er gewaltig, denn **handwerker Bezug und bequeme Teilzahlungen** ermöglichen es jedem, sich das für den modernen Menschen unentbehrliche Nachschlagewerk

DER GROSSE BROCKHAUS

Handbuch des Wissens in 20 Bänden anzuschaffen. Fragen Sie einen Buchhändler.

F. A. BROCKHAUS · LEIPZIG

Der Unterzeichnete ersucht um kostenlose, portofreie und unverbindliche Zusendung der reichbebilderten, anregenden Schrift „Der Große Brockhaus neu von A–Z".

Name u. Stand: .....

Ort u. Wohnung: .....

Zu Silvester empfehle:

Hochf. Schottenheringe

à Stück 10 und 15 Pfg

ff. marinierte Heringe

Sardinen
Bratheringe
Heringssalat
Saure Gurken
Pfeffergurken

Ww. Meitz

Mittwoch

frischen Schellfisch

Kabeljau
Goldbarsch

Kropf, Bahnhofstr.

Altmetalle

Kupfer, Rotguß, Messing, Blei und Quecksilber kaufen jede Menge zu hohen Preisen und erbitten Angebote.

Rud. Eckhard & Co.
Halle a. S.
Tel. 26376.

Frostheil in Tuben. Cormetikum bei Frostbeulen von sicherer Wirkung.

Drogerie Gutsmuths, Nebra.

Für die langen Feiertage

gibt es keine schönere Unterhaltung als das Weihnachtsheft der „WOCHE" mit seinem festlich silber-weißen Kleid und dem reichen und vielseitigen Inhalt. Für 50 Pfg. bereiten Sie viele frohe Stunden. Legen Sie zu jedem Ihrer Geschenke ein Weihnachtsheft der „WOCHE"

Lesen Sie die neue interessante Zeitschrift

WAHRE DETEKTIV Geschichten

Alle 14 Tage ein Heft zum Preise von **25 Pfg.**

Die „Wahren Detektiv Geschichten" bringen nur wahre, mit Originalphotos illustrierte Schilderungen spannender Detektivabenteuer

Zu beziehen durch:

Buchhandlg. W. Scharf

KLEIN TORPEDO

FÜR BÜRO, REISE UND HEIM!

STABIL, LEICHT UND HANDLICH • BESONDERS GEEIGNET FÜR REISENDE, ÄRZTE, SCHRIFTSTELLER, GEWERBETREIBENDE USW.

TORPEDO FAHRRÄDER - SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M.-RÖDELHEIM

Druckschrift 10013 kostenlos
Bequemste Ratenzahlungen bis zu 12 Monaten!

Statt Karten.

Heute früh um ¾3 Uhr ist meine liebe Mutter, unsere gute treusorgende Schwieger- und Grossmutter

Frau Jda Gödicke

geb. Rindelhardt

im Alter von 74 Jahren sanft entschlafen.

Nebra, den 28. Dezember 1930.

In tiefer Trauer:

Frau Gertrud Thrun geb. Gödicke
Christian Thrun
Gerhardt Thrun

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

L. Weißhuhn und Kinder.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301230-10/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM. — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 154 — Dienstag, den 30. Dezember 1930. — 43. Jahrgang

Zwischen den Festen.

Dem Reichsarbeitsminister rückte noch kurz vor dem Fest ein Wahnsinniger mit einer Scheintodpistole zu Leibe. Der Fall wurde nicht tragisch genommen. Selbst die Sensation „Attentatsversuch auf einen Minister" brachte keine Aufregung. Aber er rückt das Elend der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund. Sieben Jahre lang war der Mann, den schließlich die Verzweifelung packte, ohne Beschäftigung, sieben Jahre lang suchte er Arbeit, ohne sie zu finden. Und sein Fall liegt nicht vereinzelt. Viele Tausende möchten Lohn und Brot und das Ende des Müßiggangs, das Ende der Sorgen. Viele Tausende schieben der Regierung die Schuld zu und haben Pläne wie der kühne Mann mit der Scheintodpistole in der Tasche, die ihrer Auffassung nach alles zum Besseren wenden könnten. Man sieht ja noch nicht in allen Kreisen die eigentliche Ursache der deutschen Not, weiß nicht, daß Weltwirtschaft und Tributlasten uns zum Abstieg gebracht haben. Freilich ist viel versäumt worden. Deutschland hätte schon früher Vorsorge treffen müssen, und heute fragt man sich auch, ob die Annahme des Youngplanes nicht zu früh erfolgte. Die Behauptung, die großen Wirtschaftsführer hätten die Weltwirtschaftskrise kommen sehen müssen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wenn sie aber ihr Wissen für sich behielten und es zuließen, daß das endsältige Reparationsabkommen geschlossen wurde, so haben sie mit voller Ueberlegung Deutschland Lasten auferlegt, die in der heutigen Zeit ungerechtfertigt sind. Wiederholt ist von allen Parteien die Meinung geäußert worden, die durch die Verbilligung der Ware gestiegene Goldwährung habe unsere Reparationslasten unberechtigt erhöht.

Zwei Fragen liegen so im Vordergrund: Die Arbeitslosigkeit und die Tributfrage. Daneben müssen selbstverständlich die wirtschaftlichen Zusammenhänge beachtet werden und muß die Hand gerührt werden, um im Wirtschaftsleben eine Besserung zu erreichen. Die Scheintodpistole wird den Herren in der Regierung nicht aus dem Gedächtnis fallen. Wenn sie nach Neujahr wieder ihre Aufbauarbeiten beginnen, werden sie sich des Mannes erinnern, der Arbeit und Aenderung auf einem unnatürlichen Wege suchte. Und sie werden sich sagen, es könnte sein, daß dieser Fall nicht vereinzelt bleibt, wenn nicht alle Kraft eingesetzt würde, um in der Frage der Arbeitsbeschaffung mehr zu erreichen, als es bisher der Fall war.

Die Minister sind zumeist fern von Berlin. Während der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wird es keine Amtshandlung geben, die eine besondere Bedeutung haben kann. In den ersten Januartagen führt der Kanzler seine Ostreise durch. Am 11. Januar wird er wieder in Berlin sein. Am 6. Januar kehrt Schiele von seinem Urlaub zurück, und Dr. Dietrich wird gleichfalls erst in diesen Tagen aus Baden zurückerwartet. Am 19. Januar beginnt die 62. Ratstagung in Genf, zu der Curtius am 18. Januar wahrscheinlich fahren dürfte. Folglich ist zu erwarten, daß die Regierung in den Tagen zwischen dem 11. und 19. Januar zusammensitzt und die Probleme anschneidet, die sie im neuen Jahre verfolgen muß. Man sagt, es handele sich um Fortsetzung der Sanierungsarbeiten. Die Sanierung als solche aber dürfte abgeschlossen sein. Der Mann mit der Scheintodpistole hat angedeutet, was saniert werden soll. Nach den Finanzen kommt die Frage der Arbeitsbeschaffung. Sie steht allen anderen Aufgaben voran. Und mit der Arbeitsbeschaffung hängt zusammen die Ankurbelung der Wirtschaft. Man glaubte, sie über eine Verbilligungsaktion in Gang zu bringen. Die Verbilligung ist fehlgeschlagen; denn der Umsatz kann durch die geringe Preissenkung nicht angeregt werden, wenn auf der anderen Seite der Lohn- und Gehaltsabbau steht. Die Wirtschaftsbelebung kann, das sieht man heute bereits ein, nur durch einen Abbau der Arbeitslosen und die Stärkung der Kaufkraft einer breiteren Masse erfolgen.

Das sind Aufgaben genug. Können sie gelöst werden, so hat die Regierung den Weg zur Besserung geöffnet. Und sie kann sich ihre Aufgabe erleichtern, wenn sie die Frage des Moratoriums und der Revision der Tributzahlungen entschieden verfolgt. Die frei werdenden Mittel, die im Etat nicht gebraucht werden, können entweder zur Lastensenkung oder zur Arbeitsbeschaffung verwandt werden.

Man setzt sich für jede Handlung eine Frist. Heute heißt die Frist, ganz unbestimmt, nach dem Fest! Es können aber Monate vergehen, bis die Arbeiten, die nach dem Fest aufs neue forciert werden, eine Wirkung für die Allgemeinheit erkennen lassen.

Reichsminister a. D. David †.

Berlin, 27. Dezember.

Im Alter von 67 Jahren starb in Berlin-Zehlendorf der sozialdemokratische Abgeordnete, Reichsminister a. D. Dr. Eduard David.

Dr. David war von 1891 bis 1894 in Gießen Gymnasiallehrer, von 1898 bis 1908 gehörte er der hessischen Kammer, von 1903 bis 1918 dem Reichstage an. Vom 3. Oktober bis 9. November 1918 war er Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt und vom 7. bis 14. Februar 1919 Präsident der Nationalversammlung. Seit 1920 war er wieder Reichstagsabgeordneter. Vom 22. Juni 1919 bis 27. März 1920 war er Reichsinnenminister. Er trat besonders als Schriftsteller des Sozialismus hervor.

Der Kampf um Preußen.

Ein Beschluß des Stahlhelm.

Berlin, 27. Dezember.

Der Bundesvorstand des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Trotz des nationalen Erfolges des 14. September hat sich erwiesen, daß in diesem zusammenbrechenden System von 1918 das deutsche Schicksal allein partei- und parlamentspolitisch nicht mehr zu meistern ist. In dieser Erkenntnis hat die Stahlhelmführung bereits in Koblenz zum Kampf um Preußen aufgerufen. Wer Preußen hat, hat das Reich! Im Kampf des Stahlhelm um die Freiheit des Reiches und zur Abwehr der drohenden bolschewistischen Revolution werden wir die Auflösung des überständig und dem Willen des Preußenvolkes nicht mehr entsprechenden Landtages durch ein Volksbegehren erzwingen. Die Verhandlungen mit den anderen nationalen Gruppen und den Parteien setzen wir fort. Inzwischen wird sich der Stahlhelm zur Durchführung seiner selbständigen Freiheitspolitik einen Kampffonds schaffen. Ohne Opfer kein Sieg!"

Keine gewerbsmäßige Stellenvermittlung!

Berlin, 27. Dezember.

Nachdem das Gesetz über eine vorübergehende Regelung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung nunmehr in Kraft getreten ist, gilt folgendes:

1. Alle gewerbsmäßigen Stellenvermittler (mit Ausnahme der Konzertagenten), die ihr Gewerbe nach dem 2. Juni 1910 begonnen haben, müssen ihren Betrieb am 31. Dezember 1930 einstellen.

2. Gewerbsmäßige Stellenvermittler für Artisten, Bühnenangehörige, Chor-, Tanzpersonal und Musiker, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, müssen ihren Betrieb ebenfalls am 31. Dezember 1930 einstellen; sie werden nach näherer Vorschrift des Gesetzentwurfs entschädigt, der vom Reichsrat bereits verabschiedet ist und dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen wird.

3. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb bis auf weiteres fortführen.

4. Die übrigen gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, erhalten die Erlaubnis, ihren Betrieb zunächst bis zum 31. März 1931 fortzuführen; wann sie endgültig ihren Betrieb einstellen müssen, wird in dem vorerwähnten Gesetzentwurf geregelt werden.

Reichsdank an Oberschlesien

100 000-Mark-Spende

Gleiwitz, 27. Dezember.

Der Berliner Vertreter des „Oberschlesischen Kurier" drahtet seinem Blatt ein Interview mit Reichsminister Dr. Wirth, in dessen Verlauf Dr. Wirth mitteilt, daß die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung sich entschlossen haben, zur bevorstehenden Zehnjahresfeier der Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März nächsten Jahres den Oberpräsidenten von Oberschlesien mit einer Spende von 100 000 RM auszustatten, um besondere Hilfsmaßnahmen kultureller oder sozialer Art als Reichsdank für die Treue der Oberschlesier durchzuführen.

Unter Bezugnahme auf seine kürzliche Oberschlesienreise bemerkte der Reichsinnenminister Dr. Wirth: Mit großer Freude habe ich in Oberschlesien erneut feststellen können, wie stark das Gefühl der Treue und Zusammengehörigkeit ist. Aus dieser Treue werden auch die besten Zukunftsmöglichkeiten für dieses hart geprüfte und gefährdete Grenzland erspriessen. Zuversichtlich glaube ich die Hoffnung aussprechen zu können, daß diese Treue zum Reich und unser aller Zusammengehörigkeitsgefühl, unterstützt durch die von der Reichsregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen, in baldiger Zukunft ein friedliches Wiederaufblühen und Gedeihen Oberschlesiens im Gefolge haben werden.

Genfer Handelsabkommen und Reichstag

Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 28. Dezember.

Die Reichsregierung hat sich nunmehr entschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 zur Ratifikation vorzulegen.

In der Begründung der Reichsregierung zum Genfer Handelsabkommen heißt es u. a.: Die im Handelsabkommen vorgesehene Regelung beschränkt sich auf den Versuch einer gewissen Stabilisierung des bestehenden Zolltarifniveaus. Infolge der nur losen Gestaltung der Bindungen und in Anbetracht der vorgesehenen kurzen Kündigungsmöglichkeiten sind die praktische Bedeutung und der Bestand des Abkommens in hohem Maße von dem guten Willen der Beteiligten abhängig.

Als weiteres Merkmal des Handelsabkommens ist hervorzuheben, daß es sich zwar nicht rechtlich, wohl aber tatsächlich auf europäische Staaten beschränkt.

Die Tatsache, daß das Handelsabkommen unter den Auspizien des Völkerbundes entstanden ist und daß die Durchführung des von der Konferenz aufgestellten Programms für weitere Verhandlungen unter Führung des Völkerbundes stattfinden soll, kann für die Verwirklichung der Idee der europäischen Wirtschaftsverständigung von großer Bedeutung sein.

Was die besonderen Wirkungen des Handelsabkommens für Deutschland betrifft, so werden seine Vorzüge und Nachteile abzuwägen sein.

Von den durch Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen kommt die größte Tragweite dem Verzicht auf die Kündigung der mit den anderen Teilnehmerstaaten abgeschlossenen Handelsverträge zu. Nicht ausgeschlossen ist die Neuderung bestehender vertraglicher Abreden im Wege der Vereinbarung mit dem jeweiligen Vertragspartner, allerdings vorbehaltlich des Kündigungsrechts betroffener dritter Staaten. Die weitere Verpflichtung, Zollerhöhungen den Teilnehmerstaaten vor ihrer Inkraftsetzung anzuzeigen und sich auf Verhandlungen über eine gütliche Verständigung einzulassen, kann zu Unzuträglichkeiten kaum Anlaß geben, da jeder Staat in von ihm als dringend angesehenen Fällen berechtigt ist, von einer Voranzeige abzusehen mit der Folge, daß auch die Verhandlungspflicht entfällt. Das im Falle von Zollerhöhungen den betreffenden Staaten zustehende Kündigungsrecht ist daher die einzige unbedingt eintretende Folge von Zollerhöhungen.

Die so getroffene Regelung ist als das Mindeste dessen anzusehen, was gefordert werden mußte, wenn das Abkommen der deutschen Ausfuhr einen gewissen Schutz gegenüber handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes geben soll.

Die Bedeutung des Abkommens für die deutsche Ausfuhr ist zwar gegenüber dem ursprünglichen Plan eines Zollfriedens dadurch herabgemindert, daß die zu übernehmenden Verpflichtungen erheblich erleichtert sind. Trotzdem darf von dem Abkommen eine nicht zu unterschätzende Entlastung der deutschen Ausfuhr erwartet werden. Was endlich die Beschränkung des Abkommens auf die europäischen Staaten betrifft, so hat Deutschland auch an einer nur die europäischen Staaten größte Interesse, [illegible], wie auch in der [illegible]fällt.

[illegible]frage.

[illegible], 29. Dezember.

[illegible]gramm ihres Be[illegible] Unterredung mit

[illegible]berträge erst revi[illegible] Krieg den euro[illegible]eien. Deutschland [illegible]nur die fanatischen [illegible] mit dem Schlag-

[illegible]und müsse sich ge[illegible]rzeit am stärksten [illegible]illion unter Waf[illegible]reten könne. So[illegible]on den Rand- und [illegible]rlangen. Hinsichtlich [illegible] man dieses Pro[illegible], weil jede Ueber-

[illegible]erkrankt.

[illegible]ges.

[illegible] 29. Dezember.

Der Gesundheitszustand des Marschalls Joffre, über den bereits während der Krisentage Poincarés die beunruhigendsten Gerüchte verbreitet waren, die immer wieder auf das energischste dementiert wurden, hat sich in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß man von Stunde zu Stunde mit seinem Ableben rechnet.

Marschall Joffre leidet an einer Entzündung einer inneren Ader und mußte sich vor wenigen Tagen einer dringenden schweren Operation unterziehen. Es wurde ihm der rechte Fuß amputiert. Nach einer vorübergehenden Besserung hat sich der Zustand jedoch in den letzten Tagen so verschlimmert, daß man nur noch wenig Hoffnung hat, den französischen Generalissimus am Leben zu erhalten. Bisher hatte man auf ausdrücklichen Wunsch Joffres strengstes Stillschweigen darüber bewahrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219301230-10/fragment/page=0005